

GdP-Bundesfrauenverband

Newsletter 2/November 2006



Kontrovers

Wer sich mit möglichst wenig Aufwand eine eigene Meinung zu den Positionen von Eva Herrmann bilden möchte, liest am Besten ihren im Mai erschienenen kurzen Aufsatz. Darin hat die berufstätige Mutter ihre

wichtigsten Thesen pointiert zusammengestellt:

Das Aussterben der Deutschen drohe, weil die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft zu lange problematisiert, diskutiert und umgeformt wurde. Daher verweigerten die Frauen heute die Mutterrolle und seien zu *Konkurrenten des Mannes* geworden, der für sie weder Bindung noch Verantwortung spüre.

Nicht der Mangel an Betreuungsplätzen oder unflexible Strukturen am Arbeitsmarkt seien der Grund für weit verbreitete Kinderlosigkeit, vielmehr müssten sich die Frauen nach ihrer eigenen Verantwortung dafür fragen. Ihr *Schöpfungsauftrag* sei es schließlich, mit den ihnen eigenen wunderbaren Kräften von *Empathie, Verständnis und Vorsicht*, dem Mann den Rücken zu stärken und den Kindern in der Familie den *häuslichen Frieden in Harmonie und Wärme* zu bescheren, *einen Ort der Sicherheit und des Glücks, der Seelenfrieden* gebe.

Stattdessen kämpften Frauen um ihr fragwürdiges Recht auf Selbstverwirkli-

chung, *versklavten* sich, um ihre Kinder loszuwerden und hätten aufgrund der permanenten Überforderung nicht selten *suizidale Phantasien*. Dabei müsse der Kampf um umfassende Gleichberechtigung in Beruf und Privatleben ohnehin als verloren gelten...

Wie erfreulich, dass es auch Journalistinnen gibt, die eine andere Sichtweise formulieren. Die Zeit-Redakteurin Heike Faller fragt sich in einem bemerkenswerten Artikel zur Emanzipation von Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren: „Wann habe ich eigentlich angefangen mich wieder an den Feminismus zu erinnern?“ Es sei im letzten Jahr gewesen, als sie ein Mann enttäuscht fragte, warum sie plötzlich von Familiengründung rede - sie sei doch eine Karrierefrau. Sie habe nicht erwartet, so Heike Faller, dass diese Art von Apartheid noch existiere und geglaubt, es sei mittlerweile gesellschaftlich akzeptiert, dass Frauen (auf eigene Gefahr) versuchten Beruf und Familie zu verbinden.

Fortsetzung S. 2

Themen:

- Kontrovers
- Freierbestrafung in der Diskussion
- Stalking-Bekämpfungsgesetz
- Allgemeines Gleichstellungsgesetz in Kraft
- GdP-Frauen vor Ort
- Gewaltvideos auf dem Handy
- Zahlen, Daten, Fakten
- Literaturtipp/Kalendertipp
- Zur Person
- Termine/Veranstaltungen

In ihrem Beitrag kommt die Journalistin zu dem Ergebnis, dass die jüngeren Frauengenerationen gerade dabei seien, alle bisherigen Errungenschaften Preis zu geben und sich auf die Reproduktionsarbeit zu reduzieren: Die Beschäftigungsquote von Frauen im Osten gehe seit der Wende beständig zurück. Frauen mit Kindern kämen gar nicht mehr auf den Gedanken, dass Erziehung und Arbeit auf beide Partner verteilt werden könne. Die Werbung zeige wieder beglückte Nur-Hausfrauen und massenhaft nackte Brüste. Biologische Erklärungen für geschlechtsspezifisches Verhalten seien wieder in Mode. Und knielange Röcke, lange Haare und Kittelschürzen erlebten eine Wiedergeburt.

Es wird Zeit für einen Neuaufbruch – oder?

Zum Aufsatz von Eva Herrmann

http://www.cicero.de/97.php?ress_id=7&item=1111

Zum Artikel von Heike Fallner

http://www.zeit.de/2006/17/Titel_Feminismus



Freierbestrafung bei Zwangsprostitution

Nach der umfassenden Neuregelung der Straftatbestände zum Menschenhandel plane die Bundesregierung nun neue gesetzliche Regelungen, um die Freier von Zwangsprostituierten zu bestrafen, so die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in einem Interview. Ein Gesetzentwurf liegt noch nicht vor.

In ihrem umfangreichen Beschluss „Handeln gegen Menschenhandel“, den die Bundesfrauenkonferenz im März in Bayreuth gefasst und inzwischen als Antrag auf den GdP-Bundeskongress im November eingebracht hat, wird die so genannte Freierbestrafung aus gutem Grund nicht erwähnt: Erst wenn bundesweit Prostitutionsstätten gewerberechtlich

anerkannt und konzessioniert werden, kann das Betreiben dieser Einrichtungen mit Auflagen versehen werden. Damit würde auch die Verfolgung von Straftaten erleichtert, konzessionierte Betriebe könnten jederzeit hinsichtlich der Erfüllung ihrer Auflagen kontrolliert werden und Kunden könnten legale von illegalen Betrieben unterscheiden und sich entsprechend verhalten. Erst dann wäre die Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten sinnvoll und durchführbar.

Nähere Informationen auf der GdP-Homepage im Mitgliederbereich/Ressort Frauen und unter

<http://www.gdp.de/gdp/gdpcms.nsf/id/mh#aktiv>

Stalking-Bekämpfungsgesetz in Arbeit

Bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zum "Stalking-Bekämpfungsgesetz" Mitte Oktober, waren sich die Experten einig: Stalking - das fortgesetzte Verfolgen, Belästigen und Bedrohen anderer Personen soll nicht länger als Kavaliersdelikt behandelt und bessere Möglichkeiten zur Strafverfolgung und zum Opferschutz müssen geschaffen werden.

Wie das geschehen kann, ist allerdings umstritten. Zwei Gesetzesentwürfe von Bundestag und Bundesrat liegen vor, die nach Gesprächen in der Koalition zusammengeführt werden sollen und die Schaffung eines eigenen Straftatbestand "Stalking" zum Ziel haben. Dabei sieht der Entwurf des Bundesrates schärfere Strafen vor und die Möglichkeit einer "Deeskalationshaft", damit gefährliche Stalker in Haft genommen werden können, um einer weiteren Eskalation der Belästigungen vorzubeugen.

Der deutsche Juristinnenbund lehnt diesen Vorschlag wegen verfassungsrechtlicher Bedenken ab und plädiert stattdessen dafür, das Gewaltschutzgesetz um die für Stalking typischen Tatbestände zu

Fortsetzung S. 3



erweitern und die bestehenden Regelungen konsequenter anzuwenden. Auch Journalistenorganisationen wenden sich gegen die Einführung des neuen Straftatbestandes. Sie fürchten, wegen hartnäckiger Recherchen unter Stalking-Verdacht zu geraten und der Strafverfolgung ausgesetzt zu werden.

Weiter Infos unter

http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/2006_09_05_Stalking?Open&ccm=150010000&L=DE&markedcolor=%23003399

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten



Zum 18. August 2006 ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten. Zielsetzung des AGG ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, aufgrund einer Behinderung oder wegen des Geschlechtes, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern bzw. zu beseitigen. Das Gesetz löst verschiedene Regelungen wie das Beschäftigtenschutzgesetz oder den § 611 a BGB (geschlechtsbezogene Benachteiligung) ab. Aktuelle Informationen zum AGG bietet der neue Flyer der Frauengruppe (Bund): Er erläutert kurz und knapp die wichtigsten Neuerungen, die sich durch das AGG ergeben haben, weist auf die Pflichten des Dienstherrn sowie die Rechte von Beschäftigten und Personalrat hin und zeigt auf, warum Nachbesserungen im Gesetz notwendig sind!

Der Flyer steht auf der GdP-Website im Mitgliederbereich/Ressort Frauen zum Download zur Verfügung. Dort finden auch alle, die sich näher mit dem AGG, seiner Entstehung und seinen Auswirkungen beschäftigen möchten, weiterführende Links.

www.gdp.de

GdP-Frauen vor Ort Stalking-Veranstaltung in Hessen

Zum Thema „Stalking“ hat der LB Hessen nun schon die zweite Veranstaltung durchgeführt. Unter Beteiligung des Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Dr. Thomas Schäfer, wurde am 5. September in der Hessischen Polizeischule über die Einführung eines neuen Straftatbestandes diskutiert. Nach Auffassung von Herrn Dr. Schäfer ist spätestens Anfang nächsten Jahres mit einem Gesetz zu rechnen, dass Stalking-Opfer wirksam vor Nachstellungen schützen soll.



Sandra Temmen, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) und hessische Landesfrauenvorsitzende bedankt sich bei Dr. Schäfer für seine Teilnahme an der Veranstaltung.

25 Jahre Frauenpower in der hessischen Schutzpolizei

Als Berlin 1978 als erstes Bundesland Frauen den Zugang zur Schutzpolizei eröffnete, sorgte das bundesweit für Schlagzeilen.



Die ersten hessischen Polizeischülerinnen

Frauen seien physisch wie psychisch nicht ausreichend belastbar. Sie würden nach aufwendiger Ausbildung viele Fehlzeiten produzieren oder gar wegen Familiengründung ganz aus dem Dienst verschwinden. Und im Übrigen seien sanitäre Einrichtungen, Ruhe

Fortsetzung S. 4



räume und Unterkünfte für die Nutzung durch beide Geschlechter nicht geeignet – so die Argumente der Skeptiker. Trotz dieser Stimmung entschied auch der hessische Innenminister Ekkehard Gries: „Das machen wir jetzt, wir stellen Frauen ein!“ Und so traten im Oktober 1981 38 Hauptwachtmeisteranwärterinnen in Hessen ihre Ausbildung an.



Innenminister Ekkehard Gries (Innenminister in Hessen von 1976 bis 1982) marschiert mit den Frauen

Für die Frauen im GdP-Landesbezirk Hessen Anlass genug für einen kleinen Festakt zum 25-jährigen Jubiläum.

Weitere Infos über die ersten Frauen in der hessischen Schutzpolizei im Hessen-Teil der DP 11/06

http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/DeuPol200_DE sowie unter
[http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/DP_06_09/\\$file/DP_09.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/DP_06_09/$file/DP_09.pdf)
[http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/DP_06_10/\\$file/DP_10.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdphecms.nsf/id/DP_06_10/$file/DP_10.pdf)

Neuigkeiten aus der Frauengruppe (Bund)

Die Arbeitsgruppen zur Häuslichen Gewalt (Ltg.: Conny Zimmerling) und zum Thema Menschenhandel (Ltg.: Erika Krause-Schöne) sollen ihre Arbeit auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Das beschloss der Vorstand der Frauengruppe (Bund) auf seiner letzten Sitzung Ende August in Potsdam. Im nächsten Jahr soll dann noch eine weitere Arbeitsgruppe eingerichtet werden – zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Ltg.: Martina Filla).

Darüber hinaus ist vorgesehen, das vor zwei Jahren erfolgreich durchgeführte Seminar „Gender Mainstreaming“ erneut anzubieten und ein neues Seminar zur Vorbereitung von Frauen auf Funktionen in der GdP zu starten.

In Planung ist ein neues Handbuch für die Frauenarbeit in den Kreisgruppen sowie eine Frauenbildungsreise. Weitere Infos im Newsletter 1/2007.



Der Vorstand der Frauengruppe Bund auf seiner Sitzung im November in Potsdam.

Rhetorik für Frauen auf Sylt

lautete das Seminarangebot der Frauengruppe Schleswig-Holstein Ende September. Beamtinnen und Angestellte aus verschiedenen Bereichen der Landespolizei und ganz unterschiedlicher Jahrgänge folgten der Einladung und verbrachten fünf spannende und lehrreiche Seminartage. Auf dem Programm standen unterschiedliche Redetechniken, Übungen zum (selbst)sicheren Auftreten und die Schulung des freien Sprechens. Bei der „Abschlussprüfung“ wirkte dann keine mehr unsicher!



Nähere Infos zu Seminarkonzept und Unterbringung unter
<mailto:Anke.Kawald@polizei.landsh.de>

Verprügelt, vergewaltigt und gefilmt – Gewaltvideos auf dem Handy



Mehr als 90 Prozent der Zwölf- bis Neunzehnjährigen nutzen heute ihr eigenes Handy, das häufig mit multimedialen Funktionen wie einer integrierten Kamera ausgestattet ist. Diese neuen Nutzungsmöglichkeiten bieten nicht nur neue Chancen der Kommunikation, sondern bergen zunehmend auch Kriminalitätsrisiken. Insbesondere Videoaufzeichnungen von Gewalt- und Tötungshandlungen, so genannte „Snuff“- und „Happy Slapping“-Videos, gelangen immer häufiger aus dem Internet auf Handys von Kindern und Jugendlichen und werden per MMS, Bluetooth bzw. Infrarot-Schnittstellen „getauscht“. Versandt werden auch Filme und Bilder mit pornographischem Inhalt sowie reale und nachgestellte Demütigungen, Vergewaltigungen, Sodomie-Szenen, brutale Morde und Hinrichtungen.

gen. Um gar nicht erst Opfer dieser Übergriffe zu werden, vermeiden es viele Mädchen Hand in Hand mit Jungen gesehen zu werden - und versuchen damit ihren Ruf zu schützen. "Wer gefilmt worden ist, öffentlich angefasst von Jungen, der muss aus der Öffentlichkeit verschwinden und zu Hause bleiben. Wegen der Familie und der Ehre", sagen sie.

Häufig besteht bei den jugendlichen Nutzern gar kein Unrechtsbewusstsein. Viele Jugendliche ab 14 Jahren wissen nicht, dass sie sich strafbar machen, wenn sie Videos und Bilder mit pornografischen oder gewaltverherrlichenden Inhalten Personen unter 18 Jahren zugänglich machen.

Um Eltern, Lehrer und Jugendliche zu informieren, hat die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes dazu eine Aufklärungskampagne gestartet.

Weitere Infos unter

www.polizei-beratung.de

und beim Medienpädagogischen Forschungsverbund Süd-West unter

<http://www.mpfs.de/index.php?id=86>

Zahlen, Daten, Fakten

Die Hälfte der Paare in Deutschland wünschen sich eine volle Berufstätigkeit beider Eltern, aber nur jedes sechste Paar kann den Wunsch realisieren:

Umfang der Berufstätigkeit	gewünscht	tatsächlich
Mann und Frau in Vollzeit	51,1 %	15,7 %
Mann Vollzeit, Frau Teilzeit	42,9 %	23,1 %
Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig	5,7 %	52,3 %
Andere Konstellationen	19,4 %	8,9 %

Quelle: OECD Employment Outlook 2001, gefragt wurden Paare mit Kindern unter sechs Jahren.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans Böckler-Stiftung hat die neuen Regelungen zum Elterngeld unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: So richtig und wichtig das neue Elterngeld grundsätzlich ist - Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit kommen zu kurz, arbeitslose Eltern werden benachteiligt. Eine klare sozial- und geschlechterpolitische Linie wird damit nicht verfolgt. Weitere Infos unter

http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014_83545.html



Ende Oktober 2006 waren **21,2 %** der GdP-Mitglieder **Frauen**.



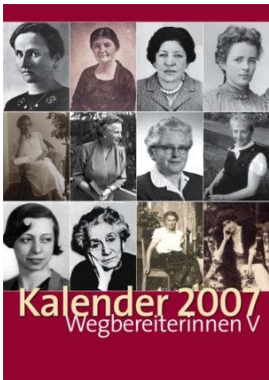
Literaturtipp

„Die Unmöglichen: Mütter die Karriere machen“

Anke Dürr und Claudia Voigt (Hrsg.), Diana Verlag, 18.00 Euro

„Mit Kindern an die Macht“ ist das Motto dieser provokanten

Porträtsammlung. Vorgestellt werden Frauen, die mit viel Energie, Kreativität und Mut zum Anderssein ihre Zeit zwischen Kindern und Karriere aufteilen – und glücklich dabei sind. Ob Forscherin oder Managerin, Schauspielerin oder Generalanwältin – alle elf porträtierten Frauen sind Meisterinnen des Multitaskings und Zeitmanagements.



Kalendertipp

Wegbereiterinnen V

Ein Wandkalender im DIN A3 Format mit 12 Wegbegleiterinnen der Frauenbewegung. Der Kalender versammelt starke Frauen mit ihren

eigenen Geschichten, Politikerinnen, Künstlerinnen und Schriftstellerinnen, die sich durch ihre Arbeit für die Rechte der Frauen eingesetzt haben.

Herausgeberin ist Dr. Gisela Notz (FES). Erschienen ist der Kalender im Pellens Verlag, zu bestellen unter

<mailto:anita@pellens.de>

für 11,95 € plus Porto. Nähere Infos zum Kalender unter

<http://www.pellens.de/neueste.htm>

Zur Person Bundespräsident Horst Köhler



hat sich für eine Frauenquote bei den Vorschlägen zur Verleihung Bundesverdienstordens eingesetzt. Der Bundespräsident hat den Staatskanzleien der Bundesländer mitteilen lassen, dass er künftig nur noch Zehner-Vorschlagslisten der Ministerpräsidenten akzeptieren werde, wenn diese mindestens drei Auszeichnungsvorschläge für Frauen enthielten.

Weitere Informationen zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland unter

<http://www.bundespraesident.de/Amt-und-Funktion/Orden-und-Ehrungen-12071/Verdienstorden.htm>

Termine/Veranstaltungen

08./09.11.2006

Treffen der AG „Menschenhandel“ der Frauengruppe (Bund)

13./16.11.2006/Berlin

GdP-Bundeskongress

23. – 25.11.2007

Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)

Impressum

Herausgeber:
Frauengruppe (Bund) der
Gewerkschaft der Polizei
Dagmar Hölzl
Stromstr. 4
10555 Berlin

Der Newsletter des GdP-Bundesfrauenvorstandes erscheint viermal jährlich in digitaler Form im PDF-Format.

Der Bezug ist kostenlos.

Bestellungen bitte unter:
<mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de>